

**Von der wohlfahrtsstaatlichen
Raumentwicklung
zur
finanzkapitalistischen Länderkonkurrenz:
Dargestellt am Wandel der Klassifizierung von
Regionen**



Foto: Armin Strauch

Prof. (Gast) Albrecht Goeschel
Staatliche Universität Rostov
Technische Hochschule -
University of Applied Sciences
Giessen-Friedberg
Universität Vechta
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale
Verona

Herausgeber:

Prof. (Gast) Albrecht **Goeschel**
Staatliche Universität Rostov
Technische Hochschule -
University of Applied Sciences
Giessen-Friedberg
Universität Vechta
Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Verona

Anschrift in Deutschland:
83250 Marquartstein
Staudacher Straße 14

Tel.: 08641-7130
Fax: 08641-63242
Mail: mail@studiengruppe.com

Gestaltung:

Katharina Walter

Inhalt	Seite
1. Diskriminierung statt Deskription: Von der wohlfahrtstaatlichen zur finanzkapitalistischen Raumdarstellung	4
1.1. Wirtschaftlich-gesellschaftliche Rekonstruktion in verkleinertem Raum	4
1.2. Globalisierung und Raumordnung	5
2. Erschließung des Arbeitspotentials im Inneren und Ausrichtung des Wirtschaftspotentials auf den Weltmarkt: Zum Wandel der Raumordnungspolitik und Raumdarstellung in Bayern	8
2.1. Freistaat Bayern als Erfolgsmodell	8
2.2. Phasenverschobenes Wachstum, abbildende Sozialpolitik und Immobilienwertsteigerung	8
2.3. Räumliche Funktionsteilung bei wachsendem Leistungsgefälle als Raummuster der verlängerten Rekonstruktionsphase	9
2.4. Räumliche Umformierung des Arbeitskräftepotentials und Regional-Keynesianismus	11
2.5. Daseinsvorsorgeabbau, Extraprofitsteigerung und die Zweiteilung Bayerns	15
3. Exportexzess, Finanzkrise und Staatsschuldenranking	19
3.1. „Standortwettbewerb“, Gewinnerregionen und Verliererregionen	19
4. Integrierte Wirtschafts- und Sozialberichterstattung für die Regionen	24

1. Diskriminierung statt Deskription: Von der wohlfahrtsstaatlichen zur finanzkapitalistischen Raumdarstellung

1.1. Wirtschaftlich-gesellschaftliche Rekonstruktion in verkleinertem Raum

In der Wirtschaftsliteratur wird immer wieder die Besonderheit der nach 1945 knapp zwei Jahrzehnte anhaltenden Wachstumsphase der Wirtschaft in Westdeutschland und den anderen westeuropäischen Ländern hervorgehoben.¹ Neben den weltpolitisch bedingten Wachstumschancen des Wiederaufbau-, Koreakriegs- und Wettrüstungsbooms sorgten speziell in Westdeutschland die ebenfalls politisch bedingt zuströmenden Flüchtlinge einerseits für ein hohes Arbeitskräfteangebot und großzügigste Steuerbegünstigungen andererseits für eine hohe Selbstfinanzierung der Unternehmen mithin für hohe Gewinne und hohes Wachstum.² Unter dieser politische-aktuellen Ebene gab es zusätzlich noch einen raumwirtschaftlich geprägten Grundstrom der fortschreitenden industriellen Erschließung der landwirtschaftlich-handwerklichen Räume der europäischen „Industriestaaten“ und gerade auch Westdeutschlands. Verbunden war das mit einer Verlagerung der Erwerbstätigkeit aus Landwirtschaft und Handwerk in die Industrie und von dort in die großstädtischen Dienstleistungen.³ Als weiteres Moment, das ein prozyklisches Absacken der Inlandsnachfrage wie auch ein prozyklisches Absinken der Löhne in Konjunkturreinbrüchen moderierte kam das Anwachsen eines aus Beiträgen, d.h. Lohnbestandteilen finanzierten sozialstaatlichen Sektors von Real- und Monetärtransfers hinzu.⁴

In dieser Phase genügte es, dass das politische System ernsthafte Änderungen der Unternehmerwirtschaft, d.h. von Privateigentum und Vertragsfreiheit verhinderte⁵ und einzelhaft durch Steuervergünstigungen, Subventionen und Staatsinvestitionen die Unternehmen, die Basisindustrien und die Infrastruktur förderte.⁶ Es

¹ Altvater, Elmar: Die Weltwährungskrise, Frankfurt am Main 1969, S. 20 – 44. Janossy, Franz: Das Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt Main 1966; Kaelble, Hartmut (Hrsg.): Der Boom 1948-1973 – Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Opladen 1992 und Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine neue Interpretation industrieller wie kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. Main 1984

² Hirsch, Joachim: Wirtschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt a. Main 1970, S. 76 ff.

³ Lutz, Burkart: A.a.O., S. 210 - 228

⁴ Lutz, Burkart: A.a.O., S. 186 - 228

⁵ Schmidt, Ute; Fichter, Tilman: Der erzwungene Kapitalismus, Berlin 1971

⁶ Hirsch, Joachim: A.a.O., S.76 ff.

war geradezu eine Ironie der Geschichte, dass diese wirtschaftlich-gesellschaftliche Rekonstruktion (West-)Deutschlands mit sehr viel mehr Bevölkerung, nämlich ca. 13 Millionen Geflohenen innerhalb eines mindestens halbierten Staatsgebietes stattfand – sozusagen durch ein „Volk ohne Raum“.

1.2. Globalsteuerung und Raumordnung

Mit Erreichung der Vollbeschäftigung, der Unterbindung weiteren Zustroms aus der DDR, der durch Export-Überschüsse ausgelösten DM-Aufwertung, der wachsenden Technologielücke gegenüber den Weltmarktkonkurrenten, Strukturkrisen in den Basisindustrien und sinkenden Steuereinnahmen gerieten die gestiegenen Löhne und gesunkenen Gewinne in eine Konfliktlage die durch die erste ernsthafte Krise nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einerseits in Richtung einer grundsätzlichen Einbindung der (Lohn-) Einkommenspolitik in die Entwicklung der Kapitalverwertung und in Richtung einer Rahmen- und Bereichssteuerung von Wirtschaft und Gesellschaft andererseits aufgelöst wurde.⁷

Die eigentumsordnungssichernden und einzelhaft angelegten Staatseingriffe, die beispielsweise die öffentlichen Haushalte noch gar nicht als gesamtwirtschaftliches Manövriertpotential umfassten, genügten nun nicht mehr. Neue Wachstumsmöglichkeiten mussten nach der Rekonstruktionsperiode der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte durch die Übernahme der erforderlichen Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen im Technologiebereich einerseits und durch die Erhöhung der Mobilität und Qualifikation des Arbeitskräftepotentials sowie durch die Bereitstellung flächendeckender Infrastruktur andererseits geschaffen werden. Gleichzeitig hatten die dafür zu formulierenden gesamtwirtschaftlichen Wachstumsziele und gesamtgesellschaftlichen Versorgungsziele ordnungspolitisch Privateigentum und Vertragsfreiheit als Vorgaben zu respektieren. Die Globalsteuerung der neunzehnhundertsechziger Jahre konnte nur als Formulierung eines „kapitalistischen Gesamtinteresses“⁸ und in Form von „Zielangeboten“⁹ erfolgen.

Für die dazu erforderlichen politisch-parlamentarischen Entscheidungen mussten die erforderlichen administrativen und informatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies war der

⁷ Hirsch, Joachim: S. 80 ff.

⁸ Hirsch, Joachim: S. 57

⁹ Hirsch, Joachim: S. 57

Entstehungsgrund für das sich in den Folgejahrzehnten thematisch ausweitende und methodisch vertiefende System öffentlicher Berichterstattung des Bundes, der Länder und der Gemeinden.¹⁰

Von besonderem Interesse ist, dass hierbei die Raumdarstellung an allervorderster Stelle rangierte: Der erste Raumordnungsbericht der Bundesregierung erschien am 1. Oktober 1963.¹¹ Es ging einerseits darum, die raum- und siedlungsstrukturellen Verwerfungen durch die Aufnahme von Millionen Menschen in Westdeutschland und deren erneute Wanderung aus den vorwiegend ländlichen Aufnahmeräumen in die industriellen Erwerbsräume zumindest nachträglich zu ordnen. Andererseits ging es schon darum, für das im Westen und Norden konzentrierte Industriekapital nun in den ländlichen Räumen auch schon des Südens (West-)Deutschlands profitable Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Die damalige Raumdarstellung diente der siedlungsstrukturierten Nachsorge eines auch weltpolitisch ausgelösten Wirtschaftsbooms und Bevölkerungsmobilisierung und der Vorsorge neuen Wachstums. Ihre Zielvorgabe war die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“¹² des Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz.

Übersicht: Gebietskategorien des Bundesraumordnungsberichtes 1963

Der „Angebots“-Charakter dieser Darstellung unterschiedlicher, mit Entwicklungs- oder Ordnungszielen ausgestatteter Gebietskategorien wird in den entsprechenden unterschiedlichen Förderprogrammen für diese Gebiete deutlich: Diese können, müssen aber nicht durch Unternehmen oder Gebietskörperschaften in Anspruch genommen werden. Im Jahre 1970 gab es drei Gebietskategorien der Raumordnung durch Regionalförderung: Bundesausbaugebiete, Zonenrandgebiet und Räume der regionalen Aktionsprogramme.¹³ Festzuhalten gilt dabei, dass diese anbietende und damit letztlich die Investitions- und Desinvestitionsentscheidung des Realkapitals „nachvollziehende“ oder „unterstützende“¹⁴ Raumordnungspolitik gleichwohl wohlfahrtsstaatliche Ziele verfolgte

¹⁰ Jaufmann, Dieter: Sozialberichterstattung. In: Bauer, Rudolph (Hrsg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens, München 1992, S. 1774 - 1777

¹¹ Erster Raumordnungsbericht der Bundesregierung BT-Drucksache IV/1492, Bonn 01.10.1963

¹² Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Helmut: Die Raumordnungsberichte der Bundesregierung.

In: Leviathan, Opladen 2/1976, S. 231-255

¹³ Waterkamp, Rainer: Raumordnung und Infrastrukturpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 17.04.1971, S. 20 und 21 sowie 22 ff.

¹⁴ Naschold, Frieder: Alternative Raumpolitik – Ein Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Kronberg im Taunus 1978, S. 14 – 18, bes. S. 16

**Übersicht:
Gebietskategorien
des
Bundesraumordnungsberichtes
1963**

Zonenrandgebiete:	<p>Gekennzeichnet durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • unterbrochene vormalige Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen • Leistungskraft soll gestärkt werden
Hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgebliebene Gebiete:	<p>Gekennzeichnet durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • niedrige Bevölkerungsdichte • abnehmende oder nicht zunehmende Bevölkerung • niedrigen Industriebesatz • geringe Realsteuerkraft • niedriges Bruttosozialprodukt • zurückbleibende Ausstattung mit Infrastruktur • soziale und wirtschaftliche Verhältnisse sowie kulturelle Einrichtungen sollen verbessert werden • Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung sollen gefördert werden
Überlastete Verdichtungsräume:	<p>Gekennzeichnet durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • hohe Bevölkerungsdichte • hohe Arbeitsplatzdichte • hohe Bebauungs- und Verkehrsdichte • starke Beanspruchung natürlicher Hilfsquellen • hohe militärische Verwundbarkeit • Maßnahmen zur Strukturverbesserung sollen ergriffen werden • Maßnahmen der Überlastung sollen vermieden werden
Ländlicher Raum:	<p>Gekennzeichnet durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fehlen ausreichender Verkehrsverbindungen zu den zentralen Orten und innerhalb ihrer Nahbereiche • Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzung in Gebieten mit günstigen landwirtschaftlichen Lebens- und Produktionsbedingungen • Erhaltung und Entwicklung von Gemeinden mit zentralerörtlicher Bedeutung • Schaffung zusätzlicher Erwerbsmöglichkeiten vor allem in Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung beim Fehlen ausreichenden Einkommens aus der Landwirtschaft

und teilweise auch erreichte. Vor allem erfolgte eine Raumdarstellung, die Finanzmittel des Staates für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, für die Sicherstellung der Reproduktion der Gesellschaft beanspruchbar machte, d.h. sie stellte raumbezogene Förderansprüche dar auch wenn diese nur politische, nicht aber rechtliche Ansprüche waren.

2. Erschließung des Arbeitspotentials im Inneren und Ausrichtung des Wirtschaftspotentials auf den Weltmarkt: Zum Wandel der Raumordnungspolitik und Raumdarstellung in Bayern

2.1. Freistaat Bayern als Erfolgsmodell

Die gebietliche Erweiterung des Bundesrepublik Deutschland als Wirtschaftsregion im Zuge des Beitritts der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik und die mehrphasige Hereinnahme zunächst der südeuropäischen und dann der osteuropäischen und südosteuropäischen Staaten in die Europäische Union und vor allem die Einführung einer einheitlichen Währung in einem Teil Europas führten zu einem grundlegenden Wandel der Raumordnungspolitik und Raumdarstellung in Deutschland.

Weder diese Entwicklungen noch ihre Auswirkungen auf und Abbildungen in der Raumordnungspolitik und Raumdarstellung können hier in ihrem Verlauf nach Breite und Tiefe abgehandelt werden. Statt dessen soll an dem stets als auch raumordnerisch-regionalpolitisches „Erfolgsmodell“ dargestellten Beispiel des Freistaates Bayern¹⁵ der Wandel der Raumordnungspolitik und Raumdarstellung nachgezeichnet werden.

2.2. Phasenverschobenes Wachstum, abbildende Sozialpolitik und Immobilienwertsteigerung

Zunächst wurde für Bayern deutlich später als in anderen Bundesländern, nämlich im Jahre 1974 ein

¹⁵ Selbst noch bis kurz vor der weltweiten Finanzkrise, die dann als Realkrise die Risiken des Geschäftsmodells Bayern mit seiner Orientierung an interner Sparpolitik und extremer Exportorientierung deutlich zeigte, verschärft durch die Milliardenverluste der Bayerischen Landesbank, wurde Bayern in den üblichen Länder-Rankings weiter als Spitzenreiter geführt. Goeschel, Albrecht: Bayern – Ein „deutsches Erfolgsmodell“ am Ende? Manuskript für das Diakonische Werk Bayern, Marquartstein 2009; HypoVereinsbank (Hrsg.): Fit für die Zukunft? Die Bundesländer im Vergleich, Hamburg 2007, S. 29 und Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (Hrsg.): Krisenbetroffenheitsindex Bayern, Köln 2009

Landesentwicklungsprogramm vorgelegt.¹⁶ Demgegenüber hatte Nordrhein-Westfalen bereits im Jahre 1966 einen Landesentwicklungsplan aufgestellt.¹⁷ Eine wesentliche Ursache hierfür war der Umstand, dass die gegenüber den west- und norddeutschen Wirtschaftszentren „verspätete“, weil auch von den dortigen Kapitalüberschüssen ausgelöste Industrialisierung Bayerns die bereits beschriebene Rekonstruktionsperiode für Bayern verlängerte und interventionsfreie Gewinnerzielung länger möglich war. Bayern wuchs noch bis zum Beginn der 1970er Jahre durch Kapitalzustrom aus West- und Norddeutschland vor allem nach Südbayern und von der Metropole München in die peripheren Regionen: Dafür waren die in Bayern insgesamt und in diesen peripheren Regionen insbesondere niedrigen Lohnkosten entscheidend. Der zentrale Begriff hierfür war die Formel vom „Phasenverschobenen Wachstum“ nach dem Zentren-Peripherie-Muster.¹⁸ Dabei spielte eine „abbildende Sozialpolitik“¹⁹, die traditionelle Lebensformen und Verhaltensmuster als Mittel zum Flachhalten der Lebenshaltungs- und damit Arbeitskosten stützte eine zentrale Wachstumsrolle: Lohnzurückhaltung durch Sozialpolitik. Hinzu kam noch eine sich aus der Zuwanderung und dem Tourismus speisende Zunahme der Immobilienvermögen in vielen Regionen die eine besonders kostengünstige und konfliktarme Form der „Sozialpolitik“ darstellte.²⁰

2.3. Räumliche Funktionsteilung bei wachsendem Leistungsgefälle als Raummuster der verlängerten Rekonstruktionsphase

Für die räumliche Steuerung des „Phasenverschobenen Wachstums“ durch Ausschöpfen der ausgeprägten Lohnkostenunterschiede zwischen den ländlichen Gebieten und den Verdichtungsräumen in Bayern wurde ein „Funktionsteilung“ zwischen den Räumen postuliert,²¹ aber auch ein deutliches „Leistungsgefälle“ zwischen diesen Raumtypen konstatiert.²² Das „Phasenverschobene

¹⁶ Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.): Landesentwicklung in Bayern – Landesentwicklungsprogramm (Entwurf), München, 2. Auflage 1974

¹⁷ Landesentwicklungsplan I vom 28. November 1966 in der Fassung der Bekanntmachung des Ministerpräsidenten vom 17. Dezember 1970 (MBI.NW.1971.S.200/SMBI.NW 230).

¹⁸ Goeschel, Albrecht: A.a.O., S. 8 und Studiengruppe für Sozialforschung e.V.: Analyse und Kritik des Landesentwicklungsprogramms Bayern, München 1975, S. 59 und 67. Nachfolgend: AKLEP

¹⁹ Goeschel, Albrecht: A.a.O., S. 10 ff.

²⁰ Goeschel, Albrecht: A.a.O., S. 15 ff.

²¹ AKLEP, S. 44 ff. und S. 67 ff.

²² Ebda

Wachstum“ Bayerns war dabei in den ersten Jahrzehnten nach Kriegsende vor allem auch dadurch gekennzeichnet, dass die lohngünstigen ländlichen Räume durch Zweigwerke erschlossen wurden bzw. höherqualifizierte Arbeitnehmer in die Verdichtungsräume auspendelten. Beides verbesserte vor allem die Ertragslage der Unternehmen und ihrer Hauptwerke sowie der gesamten Wirtschaft in den Verdichtungsräumen.²³

Parallel dazu vollzog sich eine vorrangig sektoral geprägte Vergrößerung des Gefälles zwischen den ländlichen Gebieten und den Verdichtungsräumen: Sowohl die Landwirtschaft wie auch die meist rohstoff- und damit standortabhängigen Industrien in den peripheren Gebieten Bayerns mussten einerseits zur Kostensenkung und Ergebnissteigerung in wachsendem Maße Arbeit durch Kapital ersetzen. Wegen des gleichzeitig zunehmenden Konkurrenzdrucks aus dem EU-Raum, der Konzentration in den Abnehmerindustrien und im Einzelhandel etc. konnten aber weder die Landwirtschaft noch die meist standortgebundenen sogenannten Problembranchen ihre Investitionsaufwendungen nicht durch angemessene Erlöse refinanzieren. Es kann zu einem stetigen Wertabfluss aus der Landwirtschaft in die Industrie und aus den Problembranchen in die Wachstumsbranchen jeweils gehäuft einseitig aus den ländlichen Gebieten, in die Verdichtungsräume.²⁴ In der kritischen Raumordnungsliteratur wird hier von einer Dualisierung von Wirtschaftsprozess und Wirtschaftsstruktur gesprochen.²⁵

Die unterschiedliche Verteilung von Wertschöpfung, Investitionen, Profiten auf nicht-monopolistische Klein- und Mittelunternehmen einerseits, oligopolistisch-monopolistische Großunternehmen andererseits und die zwischen diesen Bereichen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstrategien haben durchschlagende Wirkung auf die raumstrukturelle Entwicklung: „Tendenziell siedeln sich die „primären Wirtschaftsstrukturen“ (oligopolistisch-monopolistische Unternehmen) in Agglomerationsräumen mit hoher Forschungsintensität, hohem Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und hohen Ansprüchen an

²³ AKLEP, S. 67 ff. Untersuchungen über die räumliche Verteilung der Beitrags- und Leistungsströme der Gesetzlichen Krankenversicherung legten noch einen weiteren Kanal offen, über den die Lohngefälle zwischen Zentren und Peripherie das Wachstum der Verdichtungsräume förderten: Die Zuordnung der besserverdienenden Angestellten auch in den ländlichen Räumen zu den bundesweiten Ersatzkassen leiteten jahrzehntelang Lohnbestandteile aus dem ländlichen Raum in die Verdichtungsräume und finanzierten den dort signifikant höheren Leistungsverbrauch. Goeschel, Albrecht: Finanzmittel der gesetzlichen Krankenversicherung: Umverteilungsvorgänge zu Lasten der ländlichen Räume. In: Der Landkreis, 8 – 9/1986, S. 372 - 375

²⁴ AKLEP, S. 56 ff.

²⁵ Naschold, Frieder: A.a.O., S. 54 ff.

Agglomerationsvorteile am Standort, „sekundäre Wirtschaftsstrukturen“ (nicht-monopolistische Unternehmen) eher in deren Randzonen, in peripheren und ländlichen Gebieten an.“²⁶

Die Landesentwicklungspolitik wollte diese Spreizung zwischen dem wirtschaftlichen Leistungsgefälle und damit Lohngefälle als Wachstumsvoraussetzung der Verdichtungsräume und ihres Kapitals einerseits und als Schrumpfungsfahr für die ländlichen Gebiete und ihrer Wirtschaft andererseits durch eine Förderung der „ungeschmälerten Teilnahme“²⁷ der wirtschaftsschwachen Gebiete an der wirtschaftlichen Entwicklung, durch eine bessere räumliche Verteilung der Wirtschaftskräfte und Einkommen und eine stärkere Einbeziehung der Arbeits- und Kapitalreserven der strukturschwachen Räume in den Wirtschaftsprozess abbauen.²⁸ Insbesondere ein Abbau des „regionalen Lohngefälles“ durch forcierte Förderung von Wachstumsindustrien in den ländlichen Gebieten hätte zugleich aber die Wachstumsfinanzierung der Verdichtungsräume durch Zweigwerke in den ländlichen Räumen und Auspendler aus den ländlichen Räumen behindert.

2.4. Räumliche Umformierung des Arbeitskräftepotentials und Regional-Keynesianismus

Die Lösung wurde hier auf zwei Wegen gesucht: Erstens einer Verbesserung der Qualifikation des Arbeitskräftepotentials in den ländlichen Gebieten und zweitens in einer Verbesserung der Zentralörtlichkeit, d.h. der Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge in den ländlichen Gebieten. Während die Qualifikationsverbesserung Lohnpolitik über den Arbeitsmarkt anstrebte, stellte die Zentralörtlichkeitsverbesserung Einkommenspolitik durch öffentlichen Konsum, Lohnersatz durch Daseinsvorsorge dar.²⁹ In ihrer räumlichen Wirkung erhöhte die Komponente „Qualifikation“ die Mobilität des Arbeitskräftepotentials. Die Komponente „Zentralörtlichkeit“ führte gleichzeitig zu einer Einbindung dieser Mobilität im Netz der Zentrale Orte innerhalb der „dezentralen Konzentration“. Diese Art der landesplanerischen Verbesserung der Raumeinkommen aus Unternehmertätigkeit durch Aussiedlungsförderung und der Raumeinkommen aus Abhängigarbeit durch Qualifikation und Zentralörtlichkeit stellte zweifellos eine spezifische Variante von Keynesianismus, sozusagen

²⁶ Naschold, Frieder: A.a.O., S. 33

²⁷ AKLEP, S. 47 ff.

²⁸ Ebda.

²⁹ AKLEP, S. 47 ff

einen Regional-Keynesianismus dar.³⁰ ³¹ Die bayerische Staatsregierung deklarierte diese spezifische Art der Wachstumssteuerung als „Planung ohne Planwirtschaft“³² Als Zielgrößen des Planungshandelns „zur Angleichung der Raumeinkommen durch Investitionsförderung, Qualifikation und Zentralörtlichkeit rangierten „Arbeitsplätze-Richtzahlen“ als räumliches Maß für Investitionen und Lohnarbeit sowie „Bevölkerungs-Richtzahlen“ als räumliches Maß für Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge an zentrale, Stelle.³³

Übersicht: Gebietskategorien des Landesentwicklungsprogramms Bayern 1974

Mit diesem Konzept einer Planung ohne Planwirtschaft ist allerdings, wenn auch unausgesprochen eine einseitige Zielsetzung und Vollzugsorientierung zu Lasten des „Faktors Arbeit“ verbunden. Während für die Volkswirtschaft die Investitionen als das treibende Element des wirtschaftlichen Wachstums gelten, wird in der Basisprognose für die Landesentwicklungsplanung Bayern davon ausgegangen, dass die durch Fruchtbarkeitsziffern bedingte regionale natürliche Bevölkerungsentwicklung ein bestimmtes Arbeitskräfteangebot darstellt, während die regionalen Arbeitsplätze und ihre Entwicklung eine bestimmte Arbeitskräftenachfrage darstellen, die sich gegenseitig ausgleichen zu einer regionalen Erwerbsbevölkerung, die dann als autonome Größe genommen wird. Dies heißt, dass letztlich die privaten Investitionen statistisch in der Größe bzw. Teilgröße lohnabhängigen Erwerbs ausgedrückt werden.

Die so erfolgende Darstellung der konkurrenzbedingten Standortwahl privater Investitionen in der Größe bzw. Teilgröße lohnabhängigen Erwerbs führt zu dem landesplanerischen Konzept, dass – im System der Status-quo-Prognose und des Landesentwicklungsprogramms – Investitionen stimmig nur über die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung beeinflusst werden können. Das heißt, das Landesentwicklungsprogramm muss in erster Linie gegenüber der Erwerbsbevölkerung durchgesetzt werden, oder, anders formuliert: Arbeitsmobilität wird zur zentralen Voraussetzung für die Erreichung des allgemein im Landesentwicklungsprogramm gesetzten Zieles der

³⁰ Zusätzlich gab es noch einige für Bayern spezifische Abfederungsstrategien durch ein bestimmte Art der Förderung der Kleinbäuerlichen Landwirtschaft und des Fremdenverkehrsgewerbes, AKLEP, S. 26 ff und S. 76 ff.

³¹ Goeschel, Albrecht: Das Landesentwicklungsprogramm Bayern unter wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Aspekten. Vortrag vor dem Deutschen Werkbund Bayern e.V., München 25.06.1975

³² Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.): A.a.O., S. 3

³³ AKLEP, S. 11 ff. und S. 15 ff.

Übersicht:

**Gebietskategorien
des
Landesentwicklungsprogrammes Bayern
1974**

Zonenrandgebiet:	Gebiet mit räumlicher und zeitlicher Priorität für Entwicklungsmaßnahmen
Verdichtungsräume:	Verdichtungsräume vermitteln wichtige Entwicklungsimpulse auch für die übrigen Räume des Landes. Verdichtungsräume und ländliche Räume sind grundsätzlich gleichrangig und haben sich gegenseitig zu ergänzen. In den großen Verdichtungsräumen soll einer ungesunden Verdichtung von Wohn- und Arbeitsplätzen entgegengewirkt werden.
Gebiete zur Verbesserung oder Erhaltung gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen:	Gebiete im ländlichen Raum, deren Struktur zur Verbesserung des Lebens- und Arbeitsbedingungen nachhaltig gestärkt werden soll. Gebiete im ländlichen Raum, deren Struktur zur Erhaltung gesunder Lebens- und Arbeitsverhältnisse nachhaltig gestärkt werden soll
Ländlicher Raum:	Stärkung des ländlichen Raumes zur Entlastung der große Verdichtungsräume durch die Entwicklung der Oberzentren und möglichen Oberzentren außerhalb der Verdichtungsräume.
Regionen:	In den Planungsregionen des Landes sind ausgewogene Lebens- und Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten oder zu entwickeln

Zusammengestellt aus:

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.):
Landesentwicklung in Bayern – Landesentwicklungsprogramm (Entwurf), München 1974

„Chancengleichheit“ bzw. „gleichwertiger Lebensbedingungen“ in allen Teilräumen des Staatsgebietes.

Diese indirekte Darstellung und Messung der konkurrenzbedingten Verdrängungsprozesse und daraus resultierenden Standortwahl privater Investitionen in der Größe bzw. Teilgröße lohnabhängigen Erwerbs und die hieraus ableitbare Einseitigkeit der Durchsetzung von Landesplanung zu Lasten der Erwerbsbevölkerung kommt auch statistik- und messungsimmanent zum Ausdruck: Während die Indikatoren „Bevölkerung“ und „Arbeitsplätze“ letztlich erst durch die Hoheitsgebiete bzw. Regionen, innerhalb deren sie erhoben und gemessen werden, statistisch konstituiert werden, konstituiert umgekehrt die Konkurrenz der Einzelkapitale die jeweiligen Erhebungsgebiete.³⁴ In der statistischen Messung bleibt so der Objektcharakter des Produktionsfaktors Arbeit einerseits und des Subjektcharakter des Produktionsfaktors Kapital andererseits erhalten.

Die der LEP-Programmatik immanente Forderung nach Arbeitsmobilität entsprechende Größe ist der „Pendler“. Im Gegensatz zu den Kategorien „Arbeitsplätze“ und „Bevölkerung“ weist die Kategorie des „Pendlers“ eine Deckungsgleichheit von ökonomischem, technischem, sozialem und statistischem Status auf. Während Pendler als materiale Größe existieren, nämlich als Materialisierung des dem LEP wesentlich zugrundeliegenden Arbeitsmarktausgleiches, als verkehrstechnische Größe infolge räumlicher Ausgleichsmobilität, als soziale Größe infolge sozialer Ausgleichs- und Aufstiegsmobilität und schließlich als statistische Größe, sind „Bevölkerung“ und „Arbeitsplätze“ weitgehend fiktive Größen vor allem statistischer Natur. Wie sehr der „Pendler“ zentrales Objekt landesplanerischer Bemühungen ist, erhellt daraus, dass das Landesentwicklungsprogramm explizit eine „höhere berufliche und räumliche Mobilität der Bevölkerung“ zur Voraussetzung für die „Schaffung möglichst gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen“ macht.³⁵

Festzuhalten bleibt gleichwohl, dass die Landesplanung in Bayern in ihrer Einführungsphase eine ausgeprägte

³⁴ Konkret stellt sich dies so dar, dass kapitalbezogene statistische Erhebungseinheiten gebietlicher Art einen Raum umfassen müssen, der mindestens 3 Betriebe enthält. Wegen der bestehenden Geheimhaltungsvorschriften sollen damit Rückschlüsse auf einzelne Betriebe verhindert werden. Das heißt aber, dass letztlich der Industriebesatz eines Raumes bestimmt, wie eng oder weit ein Untersuchungsgebiet gefasst werden kann.

³⁵ Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Analyse und Kritik des Landesentwicklungsprogramm Bayern, A.a.O., S. 20 ff.

Daseinsvorsorgekomponente - d.h. einkommenspolitische Komponente aufwies und zu deren Realisierung ein tiefgegliedertes und flächendeckendes System der räumlich-standörtlichen Fördermöglichkeiten geschaffen hatte.³⁶

2.5. Daseinsvorsorgeabbau, Extraprofitsteigerung und die Zweiteilung Bayerns

Tatsächlich zeigte Bayern bzw. die Wirtschaft in Bayern bis zum Ausbruch der weltweiten Finanz-, Real- und Staatshaushaltkrise bei einer Vielzahl von Indikatoren wie Wertschöpfung, Beschäftigung, Erwerbseinkommen, Haushaltseinkommen, Kapital- und Immobilienvermögen etc. gegenüber den vergleichbaren Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (noch) günstigere Werte.³⁷ Hierfür war u.a. die jahrzehntelange aus anderen Bundesländern kommende Kapitalzuwanderung in Wachstumsindustrien und Human-Kapitalzuwanderung von bildungsnahen und einkommensstarken Haushalten, begleitet durch entsprechende Immobilienwertsteigerung verantwortlich. Dieses Wachstum machte auch wachsende und höhere Löhne sowie hohe Anteile von Vollzeitarbeitsplätzen möglich. Die vorstehend beschriebene auf die auch räumliche Umformatierung des Arbeitskräftepotentials ausgerichtete Landesplanungspolitik hat hierzu beigetragen. Allerdings zeigt die in Bayern auffallend verspätete Sozialberichterstattung dass dieser erfolgreiche Modernisierungsprozess einer auch räumlichen Umformatierung der Bevölkerung, speziell der Erwerbsbevölkerung mit einem steilen Anstieg der sozialen Voraussetzungs- und Folgekosten verbunden ist.³⁸ Vor allem aber hat sich die räumliche Zweiteilung Bayerns in einen exportintensiven Südwesten und einen zuliefernden Nordosten bzw. in wachsende Metropolregionen und schrumpfende ländliche Räume vertieft.³⁹

³⁶ AKLEP, S. 93 ff.

³⁷ Goeschel, Albrecht: Soziale Lage in Bayern im Vergleich zu Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Untersuchung für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband – Landesverband Bayern, Marquartstein 2009. Als auffällige Defizitbereiche erweisen sich, auch als Folge der Konservierung traditioneller Lebensformen und Lebensverhältnisse zur Wachstumsförderung durch Lohnabflachung die Bereiche Bildung, (Allein-)Erziehung und Pflege.

³⁸ Goeschel, Albrecht: A.a.O.

³⁹ Goeschel, Albrecht: Bayern – Ein "Deutsches Erfolgsmodell am Ende?", A.a.O und Kommission Anforderungen aus dem Zweiten Bayerischen Sozialbericht: Arbeitsgruppe 1. Regionale Arbeitsmärkte – Wirtschaftsstrukturpolitik, München 2011, S. 11 – 35. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass eine Ikone der Spätindustrialisierung Bayerns, die in den 1960er Jahren errichtete Raifinerie Ingolstadt nunmehr Insolvenzantrag gestellt hat. Süddeutsche Zeitung, 25.01.2012

Schon vor der Jahrtausendwende hatte die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Staatsregierung den unausgesprochenen (regional-)keynesianischen, auch nachfragepolitischen Kurs verlassen und einen einseitig angebotsorientierten Kurs eingeschlagen: Dabei sollten Etatkürzungen und Privatisierungen in der Daseinsvorsorge Finanzmittel für die massive Förderung von High-Tech-Wachstum freimachen.⁴⁰ Eine weitere Kurswechselvariante besteht darin, Daseinsvorsorgeausgaben vom Land auf die Kommunen zu verschieben.⁴¹ Sache gründlicher Untersuchungen wäre es, diesen fiskalpolitischen Abbau der Daseinsvorsorge⁴² und die fiskalpolitische Ausrichtung auf High-Tech-Förderung als politische Durchsetzung von ökonomischen Extraprofiten⁴³ für Teile der Wirtschaft in Bayern darzustellen.

Mit dem Entwicklungsgutachten „Zukunft Bayern 2020“ wird diese Zielsetzung Extraprofiten für die Wirtschaft in Bayern zu sichern unzweideutig formuliert. Durch eine Neukonzipierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sollen „Wettbewerbsvorsprünge“ erzielt werden⁴⁴ und damit der wirtschaftlich-gesellschaftliche „Spitzenplatz“⁴⁵ Bayerns erhalten werden. Hierzu soll nicht nur das „Humankapital“ Bayerns durch Investitionen in Qualifikation, Forschung und Innovation gemehrt werden⁴⁶ sondern es wird auch unzweideutig klargestellt, dass alle, auch die Älteren oder weniger Leistungsfähigen die Pflicht haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur „Leistung der Gemeinschaft“ beizutragen:⁴⁷ „Keine Ressource liegt brach, der Wohlstand und die gemeinsame Basis für soziale Solidarität werden maximiert.“⁴⁸ Gemessen wird die Erreichung dieses Zieles durch eine weitere Senkung der Quote der Sozialhilfeempfänger und durch eine weitere Steigerung der Quote der Alterserwerbstätigkeit.⁴⁹ Vor allem wird aber auch ein „klares

⁴⁰ Stroh, Kassian: Bayerns langer Investitionsstau. In: Süddeutsche Zeitung, 15.05.2007

⁴¹ Maier-Mannhart, Helmut: Wie der „Isar-Kapitalismus“ funktioniert, Süddeutsche Zeitung, 09.09.1998

⁴² Auf der Ebene der Bundespolitik hat die Aufnahme der Schuldenbremsenregelung in die Verfassung für Bund und Länder eine Deckelung der Daseinsvorsorgefinanzierung insgesamt bewirkt wie sie schon zuvor für die Kranken- und Rentenversicherung insbesondere erreicht worden waren.

⁴³ Franz Janossi hebt hervor, dass die gezielte Anwendung von Forschungsergebnissen weder Wert noch Mehrwert schafft sondern einen Produktivitätsvorsprung gegenüber der durchschnittlichen erreichten Wert- und Mehrwertproduktion verschafft. Forschungsförderung durch den Staat ermöglicht den geförderten Unternehmen, Branchen oder auch Regionen Produktivitätsvorsprünge gegenüber dem Rest der Wirtschaft und damit Exportprofite. Janossy, Franz: A.a.O., S. 124 ff.

⁴⁴ Gutachtergruppe Zukunft Bayern 2020 (Hrsg.): Zukunft Bayern 2020, München 2007, S. 5

⁴⁵ Ebd., S. 1 und 2

⁴⁶ Ebd., S. 21

⁴⁷ Ebd., S. 2 und 38

⁴⁸ Ebd., S. 38

⁴⁹ Ebd., S. 38 ff.

Bekenntnis zu Wachstum und Fortschritt⁵⁰ sowie eine „hohe Anerkennung für Gründer und Unternehmer als Motoren für Wohlstand und Arbeitsplätze“⁵¹ erwartet.

Dieser Verpflichtung der Bevölkerung Bayerns auf die Erkämpfung von „Wettbewerbsvorsprüngen“ wird auch eine räumliche Aufstellung und Ausrichtung gegeben: Zunächst sollen sich die mittlerweile im Zuge des bisherigen Wachstumsmodells entstandenen Metropolregionen und verbliebenen ländlichen Räumen ergänzen.⁵² Sodann soll die De-Industrialisierung Deutschlands im Bereich der arbeitsintensiven Produktionen bei gleichzeitig noch hoher industrieller Wertschöpfung und vor allem hoher Industrieexporte Bayerns durch aktive Einbeziehung der lohngünstigen östlichen EU-Nachbarn in die Produktion aufgegriffen werden.⁵³

Dies stellt eine nunmehr EU-weite Wiederholung der Zweigwerkverschließung Bayerns in den Jahrzehnten nach dem Kriege dar. Die Tatsache, dass Bayern „geografisch mit am nächsten an den Billiglohnländern“ liegt soll ausgenutzt werden um mit teuren aber auch hochqualifizierten Industriearbeitsplätze in Bayern produzieren zu können.⁵⁴ Deutlich wird dabei die Abkehr vom vormaligen Regional-Keynesianismus mit seinem Lohnersatz durch zentralörtliche Daseinsvorsorge und die Hinwendung zu einer direkten Gewinnförderung am Postulat eines ausgeglichenen Haushalts. Hierdurch soll ein Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern mit höherem Schuldenstand und Zinsaufwand bei den öffentlichen Investitionen erreicht werden.⁵⁵

Übersicht: Raumtypisierung der Expertenkommission Zukunft Bayern 2020

Diese funktionale und soziale Ausrichtung Gesamtbayerns und dabei vor allem der Metropolregionen und Clusterregionen auf die Erkämpfung von Wettbewerbsvorsprüngen im Europa- und Weltmarkt

⁵⁰ Ebda., S. 3

⁵¹ Ebda.

⁵² In einem Folgegutachten identifiziert der Zukunftsrat solche peripheren bzw. ländlichen Räume, die noch als Pendlerquellgebiet an die Metropolregionen bzw. Leistungszentren angebunden werden können. Übrig bleiben sollen Regionen am Nordostrand Bayerns, die „keine Anbindung“ an die Leistungszentren haben. Süddeutsche Zeitung, 20.01.2011

⁵³ Gutachtergruppe Zukunft Bayern 2020 (Hrsg.): A.a.O., S. 55 ff.

⁵⁴ Ebda., S. 60

⁵⁵ Ebda., S. 39: Dabei unterläuft der Gutachtergruppe ein Denkfehler: Wenn sie der Finanzierung von Zukunftsprogrammen aus Privatisierungserlösen einer Finanzierung durch Kredite den Vorzug gibt, verwechselt sie sozusagen nur die Seiten der Bilanz: Sie löst Aktiva auf um Passiva zu vermeiden. Sie könnte genausogut aber beibehaltene Aktiva zusätzlichen Passiva gegenüberstellen.

Übersicht:**Raumtypisierung
der
Expertenkommission Zukunft Bayern
2020**

- **Gesamtbayern als Partner im Handel und Konkurrent bei den Standorten, Rohstoffen und Energie von EU- und BRIC-Staaten**
- **Gesamtbayern beim Wirtschaftswachstum als Mitglied in der Spitzengruppe vergleichbarer Staaten**
- **Gesamtbayern bei Sicherheitstechnologien, Energietechnologien, Verkehrstechnologien, Maschinenbau und Automobilbau als Inhaber von Wettbewerbsvorsprüngen**
- **Gesamtbayern als eine der fünf Wissens- und Technologieregionen Europas**
- **Gesamtbayern mit erhöhtem Anteil wertschöpfungsintensiver Tätigkeiten in den Wertschöpfungsketten**
- **Gesamtbayern mit erhöhter Auslagerung lohngünstiger Tätigkeit in die Wert-schöpfungsketten benachbarter Billiglohnländer**
- **Gesamtbayern als Zuwanderungsland für internationale wissenschaftliche Spitzenkräfte und forschungsintensive Unternehmen**
- **Gesamtbayern als Zuwanderungsland für deutsche Studierende und junge Erwerbstätige**
- **Gesamtbayern bei Sozialhilfe und Langzeitarbeitslosigkeit unter dem Bundesdurchschnitt**
- **Gesamtbayern bei Älterenerwerbstätigkeit über dem Bundesdurchschnitt**
- **Gesamtbayern durch Clusterbildung zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft strukturieren**
- **Gesamtbayern durch die Entwicklung technologischer Leitmärkte strukturieren**
- **Gesamtbayern durch den Ausbau wissenschaftlicher Zentren und Forschungsverbände strukturieren**
- **Gesamtbayern durch den Technologietransfer der Fachhochschulen an die Klein- und Mittelunternehmen in den Regionen stärken**
- **Gesamtbayern durch attraktiven und lebendigen ländlichen Raum strukturieren**

Zusammengestellt aus:

Gutachtergruppe Zukunft Bayern 2020 (Hrsg.): Zukunft Bayern 2020, München 2007

richtet sich innerhalb Deutschlands etwa bei der Verteilung der öffentlichen Fördermittel unter der Parole des „Wettbewerbsföderalismus“ vor allem gegen Bundesländer mit hoher Kreditaufnahme und Finanzausgleichsansprüchen.

3. Exportexzess, Finanzkrise und Staatsschuldenranking

Das insbesondere von Bayern unter der Überschrift des „Wettbewerbsföderalismus“ forcierte Gegeneinander der Bundesländer um Ausgleichs- und Fördermittel hat sich zunächst als Verankerung einer Schuldenbremse für Bund und Länder in Deutschland durchgesetzt und wird nun gegenüber den Ländern der EU bzw. der Euro-Zone durchgesetzt. Die Aufnahme von Schuldenbremsen in deren Verfassungen zur „Vermeidung einer Transfer-Union“ kann in seiner staats- und europapolitischen Bedeutung kaum überschätzt werden.⁵⁶ Unter der unzutreffenden Behauptung einer Staatsschuldenkrise werden Änderungen an den europäischen Verträgen, Eingriffe in die Verfassungen und Souveränitätsrechte, Eliminierungen politischer Optionen wie etwa EZB-Aktivitäten, Euro-Bonds und eines europäischen Entwicklungsplanes, Reduzierung der Parlamentsrechte, Technokratenkabinette etc. durchgesetzt. Es ist berechtigt durchaus in diesem Zusammenhang von einem Finanzputsch zu sprechen.⁵⁷ Diskussionen und Überlegungen zu einer Zusammenlegung von Bundesländern erscheinen hier durchaus konsequent.⁵⁸

3.1. „Standortwettbewerb“, Gewinnerregionen und Verliererregionen

Das Wirtschaftsmodell Deutschland mit den Komponenten Lohnzurückhaltung, Exportorientierung, Lohnausgleich durch Sozialsicherung und Daseinsvorsorge und Finanzanlage in die

⁵⁶ Es erstaunt, dass die Hegemonialpolitik, die das Berliner System mit der Schuldenbremse gegenüber den Bundesländern und nun mit den Schuldenbremsen gegen eine Mehrheit der EU-Länder durchgesetzt hat, nicht im Zusammenhang mit der systemrelevanten Einführung der DM und Ausgrenzung der Reichsmark-Zone bzw. dem Zusammenhang von EUR und Einbindung der DDR gebracht wird.

⁵⁷ Goeschel, Albrecht: Schuldenbremse als Finanzputsch? Die Umwandlung der Wirtschaftskrise in noch mehr private und öffentliche Armut. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein Februar 2009. So auch Thorsten Kraemer, Aufsichtsratsvorsitzender der Freenet AG am 30.06.2011. Wisniewski, Gerhard: Verheimlicht – vertuscht – vergessen. Was 2011 nicht in der Zeitung stand, Knauer München 2012, S. 196 - 198

⁵⁸ Ein hoher Zentralisierungsgrad fördert angeblich die Attraktivität eines Investitionsstandortes. Zu diesem Ergebnis kommt ein Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Kessing, Sebastian: Föderalismus hat seinen Preis. In: WZB-Mitteilungen, Berlin September 2007, S. 43 – 45, und Süddeutsche Zeitung, 17.06.2010

wachsende Staatsschuld ist mit einem Dauerzwang zum „Sparen“ verbunden, um die Finanzanlage zu sichern bzw. durch laufende Steuererleichterungen die Gewinne zu verbessern, Wachstum zu generieren. Das Dilemma zwischen „Sparen“ zur Sicherung der Ansprüche der Inhaber der Staatsanleihen, insbesondere der Banken sowie zur Gegenfinanzierung für Hocheinkommen, Unternehmen und Vermögensfonds einerseits und der Finanzierung von Wirtschaftswachstum durch öffentliche Investitionen andererseits wird durch die Aussonderung besonders schwacher Länder „gelöst“. Ein Weg, die politische Verantwortung für die Aussonderung schwacher Länder als „Sparopfer“ zu verwischen ist die politische Formel vom „Wettbewerbs-Föderalismus“, bei dem die Lage der Länder als Ergebnis vom Wettbewerb dargestellt wird. Dabei wird unterschlagen, dass dieser „Wettbewerb“ nur noch um Reste von Kompetenzen, Finanzen etc. geht. Über die Hauptmasse der Finanzen und Kompetenzen verfügt schon lange der Bund. Die in den zurückliegenden Jahren zahlreich gewordenen Ländervergleiche, Bundesländer-„Rankings“ erfüllen auch die Funktion von Kreditwürdigkeitsbewertungen der Länder etc. Sie verbreitern und vertiefen die Voraussetzungen für die Ausschöpfung der Länderhaushalte als Kapitalanlagesphären. Diese Ländervergleiche bieten aber auch die Möglichkeit, die kreislaufökonomischen Wechselbeziehungen zwischen den Ländern zu identifizieren, die mit den Schlagworten „Wettbewerbs-Föderalismus“ und „Standortwettbewerb“ allenfalls angedeutet sind. Mit diesen Begriffshülsen wird vor allem verdeckt, dass es gerade die ausnahmslos negativ bewerteten Länder mit ihrer hohen Pro-Kopf-Staatsverschuldung sind, die in den Austauschbeziehungen auf Länderebene unverzichtbar sind.

Zunächst ist festzuhalten, dass in dem neuesten auf den Meinungsmarkt gebrachten Ländervergleich⁵⁹ der wesentlichste Indikator gar nicht dargestellt wird – die „Arbeitnehmereinkommen“. Dies gilt im übrigen auch für die „Ländervergleiche“, die von anderen Stellen in der jüngeren Vergangenheit vorgelegt worden sind.⁶⁰ Wenn dieser Mangel geheilt wird und der Indikator „Arbeitnehmerentgelt“ für ein etwas früheres Jahr als das der übrigen Indikatoren – um deren Reaktion auf die unterschiedliche Entgelthöhen abbilden zu können –

⁵⁹ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2009/2010, Gütersloh 2010

⁶⁰ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Talente, Technologie und Toleranz – wo Deutschland Zukunft hat, Berlin 2007; dass.: Deutschland 2020 – Die demografische Zukunft der Nation, Berlin 2005; Hypo-Vereinsbank (Hrsg.): Fit für die Zukunft? Die Bundesländer im Vergleich, Hamburg 2007 und Prognos AG (Hrsg.): Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb, Basel 2007

einbezogen wird, ergeben sich folgende zunächst hypothetischen, aber in jedem Falle komplexer modellierten Zusammenhänge bzw. Wechselwirkungen:

Zunächst haben die Süd-Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, die beiden See- und Hafenzentren Bremen und Hamburg sowie das Wirtschaftsland Nordrhein-Westfalen ein deutlich höheres Entgelt-niveau als die übrigen alten und vor allem die neuen Bundesländer.

Übersicht: Wirtschaftsindikatoren der Länder in Deutschland 2002 und 2005 – 2007

Das gleiche Gefälle von den Süd-Bundesländern, sowie von Bremen und Hamburg etc. vor allem zu den neuen Bundesländern wie es bei der Höhe der Arbeitsentgelte festzustellen ist gilt auch für die Wirtschaftsleistung, d.h. das Bruttoinlandsprodukt der Bundesländer. Regional, hier: föderal besteht also ein positiver Zusammenhang von hohen Arbeits-Löhnen und hoher Wirtschafts-Leistung. Dies spricht ganz deutlich gegen die These der Talk-Show-Ökonomie, hohe Löhne würden das Wachstum beeinträchtigen. Die insbesondere im Wirtschaftsland Nordrhein-Westfalen ausgeprägte Geringfügig-Beschäftigung zeigt, dass die hohen Arbeitsentgelte dort durch Geringfügigentgelte kompensiert werden, also eine Entgeltspreizung nicht nur zwischen, sondern auch in Regionen zu beachten ist.⁶¹

Interessant ist, dass die Investitionstätigkeit anders als die Arbeits-Löhne und die Wirtschafts-Leistung verläuft: Die Länder mit den höheren Arbeitnehmerentgelten und dem höheren Bruttoinlandsprodukt haben die niedrigeren Investitionsquoten. Von Ausnahmen abgesehen gelten für die Länder mit der hohen Wirtschaftsleistung und den hohen Arbeitsentgelten, aber den niedrigen Investitionsquoten zugleich höhere Außenverflechtungen, d.h. höhere Relationen der Ausfuhren und Einfuhren zum Bruttoinlandsprodukt.

Eine plausible Erklärung, für deren Widerlegung oder Bestätigung allerdings ganz andere als die in den reichlich simplen Länder-vergleichen herangezogenen Indikatoren benötigt werden, kann in der real stattfindenden „Arbeitsteilung“ und nicht im ideologisch geforderten „Wettbewerb“ zwischen den verschiedenen

⁶¹ Goeschel, Albrecht: Wirtschaftswachstum durch Entsolidarisierung? Regionalunterschiede bei den Arbeiterbeiträgen und Minibeiträgen zur Krankenversicherung. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein Mai 2011

Übersicht

Wirtschaftsindikatoren der Länder in Deutschland 2002 und 2005 – 2007

Indikatoren	Arbeitnehmer- Entgelte ¹⁾	Bruttoinlands- Produkt ²⁾	Investitions- Quote ³⁾	Außen- Prägung ⁴⁾	Finanz- Ausgleich ⁵⁾	Schulden- Stand ⁶⁾
Länder	EUR	EUR	Prozent	Prozent	EUR	EUR
Hamburg	3034,-	48.600,-	1,45	92,6	-408,1	12.304,-
Hessen	2962,-	33.900,-	2,79	52,2	-523,4	4.903,-
Baden- Württemberg	2942,-	31.700,-	3,17	73,8	-350,6	3.800,-
Bayern	2849,-	33.300,-	3,20	61,1	-322,8	1842,-
Bremen	2834,-	38.300,-	2,93	98,8	+484,8	20.089,-
Nordrhein- Westfalen	2809,-	28.100,-	2,71	64,3	-157,3	6202,-
Berlin	2716,-	23.900,-	2,94	23,3	+815,5	16985,-
Rheinland- Pfalz	2691,-	24.900,-	2,92	59,9	+0,1	6383,-
Saarland	2675,-	27.200,-	3,16	82,8	+175,8	8250,-
Niedersachsen	2658,-	24.700,-	2,41	65,5	+91,6	6082,-
Schleswig- Holstein	2573,-	24.900,-	2,52	52,5	-13,8	7617,-
Brandenburg	2240,-	19.600,-	4,78	37,9	+713,8	6690,-
Sachsen	2174,-	20.900,-	6,69	37,1	+793,4	2709,-
Sachsen- Anhalt	2171,-	20.300,-	4,65	37,5	+793,2	7915,-
Thüringen	2166,-	19.900,-	4,57	26,4	+822,4	6652,-
Mecklenburg- Vorpommern	2145,-	19.300,-	4,91	21,1	+857,1	6168,-
Alle Länder	2725,-	28.200,-	3,06	68,7	177,5	5789,-

1) Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer.

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2002

2) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner.

3) Anteil der Investitionsausgaben des verarbeitenden Gewerbes am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes.

4) Summe der Ein- und Ausfuhren in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt. Jeweils je Einwohner.

5) Absolute Leistungen im Länderfinanzausgleich und Umsatzsteuervorwegausgleich je Einwohner.
Positives Vorzeichen für empfangene Zahlungen. Negatives Vorzeichen für geleistete Zahlungen.

6) Kreditmarktschulden im engeren Sinne je Einwohner.

Quelle: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Die Bundesländer im Standortwettbewerb 2009/2010, Gütersloh 2010

Bundesländern bzw. Bundesländergruppen gesucht werden. Diese „Arbeitsteilung“ kann so aussehen, dass Teile etwa des produzierenden Gewerbes in den Hochlohn- und Hochleistungsländern mit Produktionen in die Niedriglohn- und Niedrigleistungsländer ausweichen und mit diesem Kostenvorteil ihre Exportposition stärken. Es ist dann plausibel, dass entsprechende Investitionen in den Produktionsapparat der Niedriglohn- und Niedrigleistungsländer erfolgen.

Der einigen der alten und mehrheitlich der neuen Bundesländer vorgehaltene hohe Bedarf an Transferzahlungen aus dem Horizontalen Länderfinanzausgleich sowie der vorgehaltene hohe Schuldenstand ist in diesem Modell dann auch das Ergebnis der dort niedrigen Löhne die zwar die Wirtschafts- insbesondere Exportleistung der wirtschaftsstarken Bundesländer begünstigen, aber in den schwächeren Ländern eine niedrigere Wirtschaftsleistung und ein niedrigeres Steueraufkommen bewirken, dafür aber höhere Daseinsvorsorgeleistungen erfordern. Dies ist dann eine der Ursachen für die höheren Schuldenstände der schwächeren Länder⁶². Ganz anders als im diskriminierenden „Wettbewerbsmodell“ zeigt das „Arbeitsteilungsmodell“ dass schwächere Länder für die Gewinnsteigerung gebraucht werden und dass sie mit ihrer Verschuldung zusätzlich noch ein profitabler Markt für Kapitalanleger sind.

Schon die aggressive Ausrichtung der bayerischen Raumstruktur an einer Sicherung und Erhöhung des „Wettbewerbsvorsprunges“ durch Bildung von Clustern und eine Mobilisierung des Arbeitspotentials bzw. Minimierung der Sozialtransfers zeigt den neuen Charakter im Konkurrenzkampf um privates Investitionskapital und öffentliche Fördermittel. Zudem öffnet diese Art der Länder-Rankings nunmehr nicht nur in Deutschland sondern auch in ganz Europa den Weg in die Verfassungsordnungen der Ländern bzw. Staaten hinein.⁶³

Auf der Ebene nicht körperschaftlicher „Schuldner“ sondern natürlicher „Schuldner“ wird das nun auf Länder und Staaten angewandte privatrechtliche Verschuldungskonzept und seine Abstufung je nach „Schuldenstand“ in seiner Funktion als

⁶² Die für die wirtschaftsstarken Bundesländer auffallend hohen Schuldenstände der drei Standorte Berlin, Bremen und Hamburg sowie des von Saarbrücken geprägten Saarlandes hängen neben den zusätzlichen Regierungssitzkosten auch mit den durch keine Flächenbevölkerung statistisch gemilderten Ballungsraumkosten dieser Großstädte zusammen. Hierfür sprechen u.a. die in Berlin, Bremen und Hamburg besonders hohen Ausgaben für öffentliches Personal pro Kopf. Hypo-Vereinsbank (Hrsg.): A.a.O., S. 20

⁶³ Zielcke, Andreas: Geteilte Selbstbeherrschung. In: Süddeutsche Zeitung, 22.12.2011

Diskriminierung, als Bonitätsabstufung gut deutlich: Kreditnehmer mit minderer Bonität, häufig Personen mit unsicherem und niedrigem Einkommen zahlen höhere Zinsen⁶⁴ - ob deutscher Autokäufer oder italienische Finanzminister. Die vor Jahrzehnten erfolgte Deskription von Räumen unter dem wohlfahrtsstaatlichen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist mittlerweile einer Diskriminierung nicht nur von Stadtvierteln⁶⁵ sondern auch von Ländern und Staaten mit dem finanzkapitalistischen Ziel höchstmöglicher Zinserträge gewichen.

4. Integrierte Wirtschafts- und Sozialberichterstattung für die Regionen

Schon zu Beginn der weltweiten Finanz- und Realkrise war hervorgehoben worden, dass eine der Ursachen dieser Krise die Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen der Industrieländer sind, ausgelöst insbesondere durch die exzessive Steigerung der deutschen Exportüberschüsse. Die hierfür betriebene jahrzehntelange Lohnzurückhaltung mit begleitender Schwächung der Inlandsnachfrage und Senkung der Transfereinkommen hat auf der anderen Seite auch zu einem Anstieg der Armutsbevölkerung in Deutschland geführt.⁶⁶ Um diese Zusammenhänge vor allem auch in ihrer räumlichen Differenzierung sichtbar zu machen wurde eine integrierte Armuts- und Wirtschaftsberichterstattung gefordert um so auch die ökonomischen, sozialen und politischen Kosten des Geschäftsmodells Deutschland sichtbar zu machen.⁶⁷

Übersicht: Regionstypisierung für eine integrierte Wirtschafts- und Sozialberichterstattung

⁶⁴ Reiner, Udo: Wucher ist in neuer Form zurückgekehrt. In: Süddeutsche Zeitung, 21/22.10.2006, S. 58; Krempel, Stefan: Keine Kredite in dieser Straße. In: Süddeutsche Zeitung, 04.07.2007

⁶⁵ Es fügt sich gut, das seiner der aktivsten Prediger für eine Umstellung der solidarisch finanzierten Sozialsicherung auf eine kapitalrenditefinanzierte Privatisierung, Professor Bernd Raffelhüschen, nun einen Glücks-Atlas für die Regionen in Deutschland vorgelegt hat, in dem räumlich unterschiedliche Glücks-Niveaus gemessen und abgebildet werden. Die räumliche Verteilung von Glück folgt, wenn man den Presseberichten über Professor Raffelhüschens Werk trauen darf, dem Geld: Bei Entgelt und Glücklichkeit steht demnach Hamburg an erster Stelle. Müller, Burkhard: Atlas der Gefühle. In: Süddeutsche Zeitung, 24/25.09.2011

⁶⁶ Goeschel, Albrecht: In der Krise wird Armutspolitik zur Wirtschaftspolitik: Strategische Herausforderungen für die Verbände des Sozialen und der Wohlfahrt. In: Gesundheitspolitik-Management-Ökonomie, Frankfurt am Main, 4-2008, S. 81

⁶⁷ Ebda., S. 83

Übersicht:

Regionstypisierung* für eine integrierte Wirtschafts- und Sozialberichterstattung

- 1. Rückstands-Regionen**
- 2. Regionen mit Sozialer Spreizung**
- 3. Erwerbsregionen und Transferregionen**
- 4. Statusregionen und Qualifikationsregionen**
- 5. Regionen mit Flexibilitäts-, Mobilitäts- und Kommunikationsaufwand**
- 6. Migrationsgeprägte Regionen**
- 7. Regionen mit Wohnumfeld-Defiziten**
- 8. Vereinzelungsregionen und Familienregionen**
- 9. Kinderregionen und Älterenregionen**
- 10. Regionale Genderaspekte**
- 11. Langlebe- und Frühsterberregionen**

*) Den aufgeführten Regionentypen werden jeweils allgemein zugängliche Indikatoren zugeordnet.

Quelle: Goeschel, Albrecht: Daten und Karten für einen Kritischen Sozialbericht Bayern des DPWV- Bayern. Hrsg. Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein Juni 2007